



Zeichnung: Maria F.

Arbeit in der Krise

Die Corona-Pandemie trifft uns alle gleich? Nein! – Wie unter einem Mikroskop, wird die Ungerechtigkeit in dieser Gesellschaft sichtbar. Einige müssen seit Beginn der Pandemie deutlich mehr und mit unzureichendem Gesundheitsschutz arbeiten. Andere sind in Kurzarbeit, fürchten als Selbstständige um ihr Einkommen oder haben ihren Job gleich ganz verloren.

Auf der anderen Seite stehen all die Unternehmen, die ihren Aktionär*innen dicke Boni auszahlen, während sie gleichzeitig staatliche Hilfen einstreichen und ihre Mitarbeiter*innen in Kurzarbeit schicken.

Auch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie machen vor den Türen der Werkshallen und Großraumbüros halt. Nur widerwillig setzt die Regierung nun verpflichtende Tests und «die Möglichkeit zum Homeoffice» durch. Einen echten Lockdown gibt es nur da, wo unsere Freizeit eingeschränkt wird. Die Botschaft ist deutlich: es wird alles getan, um die Wirtschaft mit der größten Lobby am Laufen zu halten – um die Gesundheit von uns Arbeiter*innen geht es dabei schon lange nicht mehr.

Deshalb blicken wir in dieser Ausgabe darauf, wie es während der Corona-Pandemie um die Arbeitssituation von Menschen im Wedding bestellt ist.

Immer wieder wird die wichtige Rolle der Arbeiter*innen in Pflegeberufen betont. Doch besser bezahlt werden

sie deswegen lange nicht! Wir sprachen mit Organisator*innen des Walk of Care über den Arbeitsalltag im Gesundheitswesen. > [weiterlesen auf S. 3](#)

Viele Menschen haben durch die Pandemie ihren Job verloren. Die steigenden Kosten des täglichen Bedarfs können durch Hartz IV jedoch kaum gedeckt werden. Dazu sprachen wir mit der Weddinger Erwerbsloseninitiative BASTA. > [weiterlesen auf S. 6](#)

Mit dem Theater X in Moabit haben wir darüber gesprochen, wie sie dennoch Kultur und Politik auf die Straße bringen, wie sie es schaffen marginalisierte Blicke auf das System zu öffnen und über Theater als «Selbst-Empowerment von der Klasse für die Klasse». > [weiterlesen auf S. 14](#)

Inhalt Ausgabe #8

TITEL

3 Pflege-Protest in der Krise

Interview mit dem Walk of Care

5 Abgebrannt und pleite?

Beschäftigte der Sozialen Arbeit wehren sich gegen schlechte Arbeitsverhältnisse

Nachrichten

6 Hartz IV bleibt systematische Unterversorgung

Die Basta! Erwerbsloseninitiative und Initiativen im Wedding kämpfen für ein menschenwürdiges Leben in der Pandemie und danach

KIEZ GESCHICHTE

8 1. Mai 1929 – Offener Terror in Berlin Wedding

Straßenschlachten zwischen demonstrierenden Arbeiter*innen und schießwütigen Polizisten

THEMEN

9 Weddinger Wut

Die neue Kolumne von Ninel aus dem Wedding startet mit dem Frust über den gekippten Mietendeckel

10 Leerstand zu Wohnraum

Anfang dieses Jahres hat die Mieter*inneninitiative aus Wedding und Moabit «Mieten-

wahnsinn Nord» eine Leerstandskampagne gestartet. Im Interview stellen sie die Kampagne vor

11 Gastro in Not

Die Coronapandemie macht den Beschäftigten im Gastgewerbe schwer zu schaffen. Die Politik tut nur wenig gegen die prekäre Situation

12 Wir wollen uns lebend!

Aus 'Nettelbeckplatz' wird 'Widerstandsplatz' - Wie das Netzwerk gegen Feminizide im Wedding arbeitet

13 Kunst in Zeiten der Pandemie?

Die Künstlerin Dasniya über die Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen von Künstler:innen

KULTUR

14 «Unser Theater ist Empowerment von der Klasse für die Klasse»

Interview mit Theater X

INTERNATIONAL

15 Im Osten was Neues!

Die Protestbewegung in Polen

Auftakt

Die Plumpe ist aus der Einsicht entstanden, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse sich dort am deutlichsten zeigen, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsalierungen durch z.B. das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze gehören auch im Wedding und Gesundbrunnen zum Alltag. Um gegen diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Kiez auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in Gremien der Bezirke oder des Berliner Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei. Die Texte, die wir veröffentlichen sind vielfältig – genau wie unser Kiez.

Bei euch im Haus, Block oder Kiez tut sich was? Habt ihr euch mit Freund*innen, Nachbar*innen, oder Kolleg*innen zusammengetan und wollt, dass wir darüber berichten? Dann schreibt uns!

Warum Plumpe?

«Plumpe» – ein schönes Wort, wie wir finden. Umgangssprachlich wurde früher der Gesundbrunnen, aber auch das alte Hertha-Stadion so genannt. Im alten Berlin meinte es die «Wasserpumpe». Als Teil unserer Berichterstattung über Wedding und Gesundbrunnen wollen wir das Wort Plumpe wieder aufnehmen.

Kontakt

post@plumpe.online
Blog: plumpe.noblogs.org

Pflege-Protest in der Krise

Interview mit dem *Walk of Care*

Plumpe Redaktion

2016 gründete sich der Berliner Pflegestammtisch, der seitdem jedes Jahr den *Walk of Care* organisiert, eine Demonstration am 12. Mai, dem internationalen Tag der Pflegenden. «Wir sind hier, mittwochs um vier,» hallt es nun seit einem Jahr wöchentlich vor dem Gesundheitsministerium in der Friedrichstraße. Mit ihrer neuen Kampagne #gibuns5 richten sie ihren Kampf gegen ein kaputtgespartes, patientenfeindliches Gesundheitssystem.

Wie sieht euer Arbeitsalltag aus?

Wir arbeiten alle in unterschiedlichen Bereichen im Gesundheitswesen und sind aus unterschiedlichen Professionen. Manche sind noch in ihrer Ausbildung oder Studium, manche bereits ausgebildet. Was uns alle eint, ist, dass wir jeden Tag im engen Kontakt mit Menschen stehen, die auf irgendeine Weise Unterstützung benötigen, um sich einer gesundheitlichen Krise zu stellen. Dabei müssen wir uns alle konstant dem ökonomischen Druck stellen, den das Gesundheitssystem aktuell ausmacht. Das heißt konkret: Zu wenig Zeit, zu wenig Personal, geringer Verdienst und Outsourcing von allem was geht und somit Qualitätseinbußen. Dem uns anvertrauten Menschen wird seine Menschlichkeit abgesprochen, denn auch er* sie selbst steht unter konstantem Druck, so schnell wie möglich gesund zu werden oder sich für teuerste Behandlung zu entscheiden. Dabei wird das Gesundheitspersonal ungewollt zum ausführenden Organ dieser Marktlogik. Wir lernen jahrelang, wie wir Menschen ganzheitlich dabei helfen, sich jeglichen gesundheitlichen Herausforderungen zu stellen, damit sie einen selbstbestimmten Genesungsweg/Sterbeweg/Alltag gestalten können. Aber das System in dem wir arbeiten müssen, wurde nie dafür geschaffen, genau das zu ermöglichen. Es zwingt uns beispielsweise in der Pflege, durchschnittlich viel zu viele Patient*innen betreuen zu müssen und das sogar teilweise schon in der Ausbildung, in der wir eigentlich lernen



Pflege, Feminismus und Arbeitskampf wurden auf der Kiez-Demo am 30.04. zusammen gedacht

sollten. Das führt dazu, dass wir, statt Menschen nach ihren individuellen Bedürfnissen zu behandeln, sie nach einer Art Standardschema abfertigen müssen, um so schnell wie möglich zur nächsten Person zu kommen, um wenigstens eine Art Notfallversorgung aufrecht zu erhalten. Wir müssen bis zu einem gewissen Grad Patient*innen genau so behandeln wie das System sie sieht: Als Fälle. Das stumpft viele von uns ab, führt zu einer unglaublich hohen Burnout Quote, viel Teilzeitarbeit und dazu, dass viele die Ausbildung selbst gar nicht beenden.

Was hat sich seit der Corona-Pandemie verändert?

Die Situation hat sich dramatisch verschlimmert. Wobei gesagt werden muss, dass Corona in erster Linie die bereits vorher bestehenden Probleme verdeutlicht hat. Wie unter einem Brennglas wurden die Folgen der verfehlten Gesundheitspolitik der letzten Jahrzehnte deutlich. Während die Gesellschaft sich gut fühlen konnte, nachdem sie ein paar Wochen für uns geklatscht haben

und uns als systemrelevant gewürdigt haben, mussten wir unter noch angespannteren Verhältnissen die Pandemie aushalten. Personaluntergrenzen wurden ausgesetzt, es gab viel zu wenig Schutzkleidung, sodass wir uns und die Menschen in unserer Umgebung gefährden mussten, Auszubildende wurden ohne Erfahrung auf COVID Stationen eingesetzt oder angefragt, um Testungen in Pflegeheimen durchzuführen. So sah und sieht die Realität aus. Gleichzeitig muss man sich ansehen wie Tausende auf den Straßen dafür demonstrieren, sich ja nicht minimal einschränken zu müssen. Und natürlich tun Schulschließungen weh und treffen insbesondere die ärmeren Familien. Aber wer eine Maske als Maulkorb bezeichnet und so tut, als wäre eine Pandemie so wie eine Grippe, sieht einfach nicht, was wir tagtäglich leisten: Seit Monaten kämpfen wir um euer Leben, das Leben eurer Liebsten. Wir müssen dabei zusehen wie unsere Kolleg*innen sich infizieren und sterben. Wir waren es, die versucht haben den Tod jeder/jedes Einzelnen

der 80.000, die an Corona verstorben sind, so würdevoll wie möglich zu gestalten, auch wenn wir dafür eigentlich keine Zeit haben. Das zu ermöglichen, ist leider zu einem Privileg geworden. Das Absurde ist: Bereits jetzt wird schon überlegt, wie Krankenhäuser wieder mehr Geld machen können, um die Einbußen der Pandemie auszugleichen. Noch weniger Personal. Mehr operative Eingriffe. Eine Pandemie passt eben nicht rein in dieses System, in dem der Markt eigentlich alles regeln soll. Wenn nicht davor schon, sollten wir uns als Gesellschaft spätestens jetzt überlegen, ob unsere Gesundheit wirklich von einer Marktlogik abhängig sein sollte.

Was sind eure Forderungen?

Unter dem #gibuns5 stellen wir 5 Forderungen an die Politik für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen: Wir fordern eine gesetzliche Personalbemessung, damit es endlich einen Druck für Arbeitgeber*innen gibt, mehr Personal einzustellen und wir eine angemessene Anzahl an Menschen betreuen dürfen. Gute Ausbildung, in der wir genug Zeit, Ressourcen und eine angemessene Anleitung haben. Eine Fort- und Weiterbildungsordnung und somit ein Recht darauf, unser Wissen aktuell halten zu können. Eine bedarfsgerechte Finanzierung statt Gewinnmaximierung und somit die Abschaffung von pauschalisierter Vergütung und Schaffung eines solidarischen Finanzierungssystems, in dem der Mensch und nicht der Markt im Mittelpunkt steht. Politisches Mitspracherecht für alle Gesundheitsberufe, damit die Entscheidungen darüber, wie das System, das wir am Laufen halten, funktionieren soll, nicht mehr ohne uns getroffen werden.

Ihr wart einer der Hauptakteure der Kundgebung am diesjährigen 8.März unter dem Motto «Wir kriegen die Krise». Warum ist Pflege ein feministisches Thema?

Ähnlich wie es auch allgemein bei der Sorgearbeit der Fall ist, wird ein Hauptteil der Pflege von Frauen durchgeführt. Das liegt historisch gesehen noch immer an der Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit: Sorgearbeit wurde im privaten Bereich von Frauen ausgeführt, während Männer öffentliche Posten bekleideten. Als Gesellschaft schätzen wir dadurch auch traditionell weiblich assoziierte Arbeit weniger wert und die-

«Wir sollten uns als Gesellschaft spätestens jetzt überlegen, ob unsere Gesundheit wirklich von einer Marktlogik abhängig sein sollte.»

se Berufe haben kaum eine Lobby. Gut organisiert sind die Berufe, die schon immer in der Öffentlichkeit stattgefunden haben. Außerdem wird häufig impliziert, es sei natürlich für Frauen, die notwendigen Kompetenzen für den Pflegeberuf zu besitzen. Es wird impliziert, es wären vermeintlich «weibliche» Eigenschaften im Pflegeberuf gefordert - oder sogar die einzig notwendigen Kompetenzen. Die Komplexität der Arbeit wird nicht anerkannt. Dabei wird noch immer fachliches Wissen ignoriert und noch immer das «große Herz» und soziale Kompetenzen verwechselt: Wir pflegen Menschen aus der ganzen Breite der Gesellschaft und aus allen sozioökonomischen Kontexten. Das erfordert nicht Nächstenliebe, sondern geschulte soziale Fähigkeiten. Es braucht aus guten Gründen einige Jahre an Ausbildung oder Studium, um Menschen pflegen zu können - die Komplexität des Pflegeberufs wird wie bei anderen «Frauenberufen» nicht anerkannt oder honoriert. Gleichzeitig ist klar, dass wir als Gesellschaft niemals auf diese Arbeit verzichten könnten. Für ausgelagerte Arbeit, wie Verpflegung und Reinigung werden desweiteren oft mehrfach diskriminierte Frauen noch mehr ausgenutzt. An ihnen wird noch mehr gespart. Es sind gerade in dieser Pandemie außerdem besonders Frauen, denen zu Hause nun noch mehr Fürsorgearbeit aufgebürdet wird. Es zeigt sich

also, dass unser Gesundheitswesen und unsere Gesellschaft nur auf dem Rücken von unterbezahlter Frauenarbeit funktioniert. Das muss sich ändern. Dafür braucht es feministische, antikapitalistische Politik.

Keine der Parteien hat eine eurer Forderungen in ihr Wahlprogramm für dieses Jahr übernommen. Trotzdem protestiert ihr weiter. Was müsste passieren, damit ihr euer Kampf Erfolg hat?

Auch wenn unsere Forderungen nicht so wortwörtlich in Programmen von Parteien stehen, ist es schon so, dass es Parteien gibt, die in viele Punkten mit dem übereinstimmen, was wir möchten. Uns ist es wichtig, dass das Thema Gesundheit bei diesen Wahlen eine Rolle spielt. Ebenso wollen wir, dass Menschen eine informierte Entscheidung darüber treffen, welche Parteien ein besseres Gesundheitssystem schaffen wollen. Ganz klar ist: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Deshalb klären wir auch weiterhin bei unseren Kundgebungen darüber auf, was in den Wahlprogrammen steht und was das für uns im Gesundheitswesen und für die Gesundheit der Gesellschaft bedeutet. Gesundheit geht uns alle an. Deshalb brauchen wir die Hilfe und die (Wahl-) Stimmen aller, damit die Politik uns endlich zuhört. ☆

Der Bereich der Sozialen Arbeit ist riesig. KITA, Jugendclub, Stadtteil- und Familienzentren, Weglaufhäuser, Sucht- und Drogenhilfe, Sozialberatung und viele mehr sorgen täglich dafür, dass Menschen unterstützt, begleitet oder aufgefangen werden. Das ist auch dringend nötig, da der Kapitalismus immer wieder Situationen schafft, die alleine kaum abgedeckt oder gar gelöst werden können. Armut, Obdach- und Wohnungslosigkeit, Drogenmissbrauch, die Fragen nach einem Ausbildungsplatz, gesellschaftlicher Teilhabe und vieles mehr sind nur ein paar Beispiele.

Armutslöhne sind keine Überzeugung

Während die herrschende Politik mit einem Lächeln und einem «danke» die Soziale Arbeit hervorhebt, sehen die Arbeitsverhältnisse häufig nicht rosig aus. Spätestens bei dem Blick auf den Gehaltsnachweis wissen die Beschäftigten das. Mehr noch: Angesichts der steigenden Kosten für Miete, Lebensmittel und vieles mehr entpuppt sich der Monatslohn bei Kolleg*innen als etwas, womit man «über die Runden kommt». Bereits in der Vergangenheit mussten Erzieher*innen und Gewerkschaften mühsam um jedes Prozent Tariferhöhung oder überhaupt Tarifverträge ringen. Bei der Ausbildung und im Studium der sozialen Berufe kommt nicht selten der Verdacht auf, dass man schon echte*r Überzeugungstäter*in sein muss, um solche Arbeitsbedingungen aushalten zu können. In der Corona-Krise hat das einen besonderen Beigeschmack. Auch das Krankwerden ist aktuell eine große Gefahr. Laut einer

Studie der Krankenkasse AOK Nordost waren es verstärkt Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen, die von Ansteckungen des gefährlichen Virus betroffen waren. Neben der Überlastung durch dünne Personaldecken ist es die größere Ansteckungsgefahr, die die Kolleg*innen gesundheitlich belastet. Doch der Spruch von «abgebrannt und pleite» ist keine Überzeugung, sondern ein veränderbares Verhältnis.

Kolleg*innen halten zusammen

Vor allem in der aktuellen Corona-Pandemie sind es schließlich die sozialen Einrichtungen und Angebote, die wichtige Unterstützung leisten. Bei manchen Trägern und Beschäftigten macht sich die Sorge breit, dass nach der Wahl der Rotstift bei Projekten angesetzt wird und es wieder heißt: Sparen, sparen, sparen! Gegen dieses mögliche Spardiktat und für bessere Arbeitsverhältnisse organisieren sich Kolleg*innen.

In der berlinweiten Kampagne «Freie Träger – Faire Löhne» der Gewerkschaft ver.di kommen Kolleg*innen zusammen, die Druck auf den Berliner Senat und Träger ausüben. Wichtig ist dabei, sich aus der Vereinzelung zu bewegen und Solidarität zu zeigen. Ein Spardiktat gegenüber einem sozialen Bereich kann sich schon bald beim nächsten zeigen. Auch aus dem Wedding und weiteren Stadtteilen haben sich Kolleg*innen zusammengefunden, die die Arbeitsverhältnisse auf den Tisch packen. Im Solidaritätstreff «Hart am Limit – Soziale Arbeit im Kapitalismus» wird über die betriebliche Mitbestimmung, Betriebsratsarbeit, Erfahrungen mit Gewerkschaften und vieles mehr auf kollegialer Augenhöhe diskutiert und

Abgebrannt und pleite?

Beschäftigte der Sozialen Arbeit wehren sich gegen schlechte Arbeitsverhältnisse

Marcel aus dem Wedding

Nachrichten

Kein TVöD für die CFM

Der Arbeitskampf beim Charité Facility Management wurde durch ein von der Gewerkschaftsführung eingesetztes Schlichtungsverfahren beendet. Hinter verschlossenen Türen und mit Beteiligung des SPD-Politikers Matthias Platzek wurde ein Tarifvertrag ausgehandelt, dessen Inhalt den Forderungen der aktiven Beschäftigten nicht annähernd gerecht wird. Die Kolleg*innen hatten im Herbst letzten Jahres auch am Virchow-Klinikum gestreikt und die Wiedereingliederung in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes gefordert.

Antikapitalistische Demo

Am 30.04. fand die jährlich von «Hände weg vom Wedding» organisierte antikapitalistische Demonstration statt. Unter dem Motto «Von der Krise zur Enteignung!» zogen ca. 2500 Menschen vom Leopoldplatz durch die Weddinger Kieze bis zum Gesundbrunnen. Neben Wut über die unsoziale Abwicklung der Corona-Krise, brachten die Teilnehmenden ihre Solidarität innerhalb der internationalen Arbeiter*innenklasse und eine sozialistische Perspektive zum Ausdruck.

Rap an der Plötze

Wie schon im letzten Jahr, sind im Strandbad Plötzensee über den Sommer verteilt Freiluft-Konzerte geplant. Wegen der hohen Corona-Zahlen und der Bundes-»Notbremse« mussten die ersten Auftritte allerdings schon nach hinten verschoben werden.

Parkcafé Rehberge

Um das seit Jahren leerstehende Häuschen mitten in den Rehbergen bewegt es sich. Ein offener Zusammenschluss aus verschiedenen Nachbar*innen fordert die Freigabe des ehemaligen Parkcafés zur unkommerziellen Nutzung. Konkrete Pläne zur Nutzung sind noch nicht absehbar, aber in den kommenden Monaten könnte es zu einem Ausschreibungsverfahren durch den Bezirk kommen.

Erfahrungen ausgetauscht. «Unser Ziel ist, gemeinsam unser Bewusstsein als Arbeiter*innen zu schärfen. Die prekären Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit müssen von uns angekreidet und verbessert werden. Genau deswegen ist es wichtig, sich als Arbeiter*innen im Zeichen der Krise zu unseren Arbeitsbedingungen auszutauschen und sich organisiert zu stärken», bringt es Marc, ein Aktiver aus dem Solidaritätstreff, auf den Punkt. Um dies zu erleichtern, haben die Kolleg*innen aus dem Solidaritätstreff Texte erarbeitet und diskutiert. «Im Mai veröffentlichen

wir eine Handreichung. Sie dient den Aktiven als Gesprächsöffner im Team und mit Kolleg*innen. So können wir uns gegenseitig für die kommenden Auseinandersetzungen um würdige Arbeitsverhältnisse stärken», so Marc weiter.

Alle Fachkräfte, Honorarkräfte und Ehrenamtlichen in der Sozialen Arbeit sind eingeladen, mitzuarbeiten. In den kommenden Monaten wird es für gewerkschaftliche Kampagnen und solidarische Vernetzungen noch viel zu tun geben, mit den Kolleg*innen die Stimme zu erheben. ☆

Infos

*Solidaritätstreff «Hart am Limit - Soziale Arbeit im Kapitalismus» jeden dritten Mittwoch im Monat
Weitere Informationen unter www.unverwertbar.org*

Kampagne «Freie Träger – Faire Löhne»

*Mehr für uns ist besser für alle!
Weitere Informationen unter www.freietraegerfaireloehne.de*

Hartz IV bleibt systematische Unterversorgung

Die Basta! Erwerbsloseninitiative und Initiativen im Wedding kämpfen für ein menschenwürdiges Leben in der Pandemie und danach

Plumpe Redaktion

Tausende Menschen haben sich seit Beginn der Pandemie im Wedding arbeitslos gemeldet. Zum Stichtag am 31. Dezember 2020 waren es insgesamt 15.954 Menschen, die nächsten Zahlen werden Ende Juni bekannt gegeben. Durch Studien des Robert-Koch-Instituts ist belegt, dass das Virus sich schneller in ärmeren Regionen ausbreitet, die wie Wedding hohe Arbeitslosenzahlen aufweisen. Auch die Sterblichkeit ist bei Erwerbslosen und prekär Beschäftigten höher. Trotz der Erkenntnisse, die eine Verbindung zwischen Armut, Vorerkrankungen und der Schwere von Krankheitsverläufen aufzeigen, gab es für Beschäftigte im Niedriglohnssektor und Hartz-IV-Empfänger:innen bisher kaum Unterstützung.

Zum Januar 2021 wurden die Regelsätze wie jedes Jahr minimal angepasst. Für Alleinstehende waren es dieses Jahr 14 Euro mehr im Monat: ein Tropfen auf den heißen Stein. Erst im Mai dieses Jahres wurde dann ein einmaliger Zuschlag von 150 Euro an Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger:innen überwiesen. Viel zu wenig, viel zu spät – das stellte auch das Sozialgericht Karlsruhe

fest und bezeichnete den Zuschlag als verfassungswidrig.

Viel zu wenig, viel zu spät – keine Entlastung für Hartz-IV-Empfänger:innen

«Das Geld werde ich nächsten Monat direkt wieder an meine Sozialarbeiterin geben, die mir privat Geld leihen musste», sagt Selma. Sie lebt im Wedding und ist seit einem Aufenthalt in der Jugendpsychiatrie auf Hartz IV angewiesen: «Ich hab letzten Monat plötzlich eine Stromrechnung von über 400 Euro bekommen, da sich mein Bedarf im Lockdown erhöht hat und ich laut Anbieter schon im letzten Jahr zu wenig gezahlt hätte. Deswegen musste ich mir Geld leihen, um wenigstens über die Runden zu kommen. Der Zuschlag reicht nicht mal aus, um meine Schulden bezahlen zu können.» In solchen Fällen können Leistungsbezieher:innen ein Darlehen beantragen, das ihnen jedoch in monatlichen Raten von der Grundsicherung abgezogen wird. Wie Selma entscheiden sich deshalb viele Betroffene dafür, sich privat etwas zu leihen. Der Regelsatz liegt momentan für einen Einpersonen-

haushalt bei 446 Euro. Das Jobcenter übernimmt unter strengen Auflagen zusätzlich Bedarfe für Unterkunft und Heizung, Stromkosten müssen selbst gezahlt werden.

Erwerbsloseninitiative fordert vom Senat: Aufstocken des Regelsatzes auf 600 Euro monatlich!

36 Gewerkschaften und Verbände forderten im Januar Soforthilfen für Arme und eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze und der Altersgrundsicherung auf mindestens 600 Euro. Die Bundesregierung bleibt jedoch bei einmaligen Zuschüssen zu Kindergeld und Hartz IV und schafft damit keine Erleichterungen für diejenigen, die am härtesten von der Krise getroffen werden.

Die Basta! Erwerbsloseninitiative fordert den Berliner Senat dazu auf, den Regelsatz auf 600 Euro aufzustocken, sowie eine Aussetzung sämtlicher Sanktionen und die Übernahme der Mietkosten zu garantieren.

Jeden Dienstag treffen sich Aktivist:innen der Initiative im Info-laden in der Schererstr. 8, um Hilfesuchende über ihren Rechtsanspruch aufzuklären oder gemeinsam auf häufig

nur schwer verständliche Schreiben zu antworten. «Mit Hilfe von Hartz-IV werden Löhne gesenkt und der Arbeitsmarkt lässt Scheinselbstständigkeit, Werkverträge, Entsendung durch Subunternehmen, Leiharbeit und Minijobs in großem Umfang zu. All diese Vertragsformen fördern Armut und wir pendeln zwischen Lohnarbeit, Arbeitslosengeld und Jobcentermaßnahmen oder werden in die Rente abgeschoben», heißt es im Statement der Initiative auf einer Kundgebung am zweiten Mai vor dem Jobcenter am Elise-und-Otto-Hampel-Platz.

Erwerbslosigkeit trifft vor allem Migrant:innen, Frauen und sozial Benachteiligte

Etwa 70 Demonstrierende haben sich trotz wechselhaften Wetters versammelt, um im Anschluss an die Proteste zum ersten Mai dem Thema Erwerbslosigkeit mehr Raum zu geben. Auf einem Transparent der Veranstalter:innen, der Frauen*kommune und Kiezkommune Wedding, steht «Erwerbslose und Prekäre vereint», daneben sind drei erhobene Hände mit unterschiedlichen Hauttönen zu sehen. Aktivist:innen von Hände Weg Vom Wedding, der Berliner Obdachlosenhilfe, Migrantifa und anderen lokalen Initiativen betonen die

Verknüpfung von Erwerbslosigkeit und Überausbeutung durch Leiharbeit und andere Formen prekärer Beschäftigung, von der migrantische und migrantisierte Frauen besonders stark betroffen sind. Basta! kritisiert die Bestimmungen, die in Deutschland lebende EU-Bürger:innen von Hartz IV ausschließen, als ausländerfeindlich und fordert: «Was wir eigentlich bräuchten ist, das Ende krankmachender Bedingungen im Produktionsprozess und während der Arbeitslosigkeit, sowie ein Ende der rassistischen Diskriminierung am Ort der Arbeit.»

Solidarität unter Betroffenen statt Diskriminierung und Mobbing

Nora und Silvia sind bei der Basta! Frauen*gruppe, die jeden dritten Mittwoch im Wedding kostenlose Sozialberatungen für Frauen, trans, inter und nichtbinäre Menschen anbietet. Beide engagierten sich bei Basta!, nachdem sie selbst in der Beratung waren und Solidarität von anderen Betroffenen erleben. Silvia und einige ihrer Kolleginnen mussten zu Beginn der Pandemie ihren Job in der Gastronomie kündigen, weil sie durch ihren Chef massivem Mobbing ausgesetzt waren. «Ich kannte meine Rechte nicht. Ich wusste nicht, dass man Hartz IV bekommen kann, wenn

das Arbeitslosengeld I nicht genug ist», sagt sie. «Ich bin hier hergekommen und ich hab eine Person getroffen, die auch Italienisch muttersprachig ist. Sie hat mich sofort bisschen Mut gegeben. Und als ich hier hergekommen bin und habe ich gesehen, eigentlich es gibt hier viele Ausländer, die mithelfen.» Ein starker Kontrast zum solidarischen Umgang zwischen Betroffenen bei Basta! ist für viele der Kontakt mit den Sachbearbeiter:innen beim Amt: «Man sollte nie unterschätzen wie rassistisch und sexistisch diese Behörden sind», meint Nora. Auch die Vermittlung von Arbeiten spiegelt klare Geschlechterrollen wider: Frauen würden z.B. bevorzugt in Putzjobs vermittelt. Die Vermittlung in Maßnahmen habe in den letzten Monaten wieder zugenommen, auch bei den noch hohen Zahlen zwischen zweiter und dritter Welle. Die Solidarität untereinander wird auch nach der Pandemie wichtig bleiben, da sich an der grundsätzlichen Ausbeutung am Arbeitsplatz und dem Zwangsregime der Jobcenter nichts ändern wird. ☆

Die Namen der Betroffenen wurden geändert – Plumpe-Redaktion

Erwerbslosen-Kundgebung zum 2. Mai am Leopoldplatz



Basta! Erwerbsloseninitiative

*Beratungen in der Schererstr. 8, jeden Di 14 – 17 Uhr
FLINT*Sozialberatung der Basta!
Frauen*Gruppe: jeden letzten Mi 15 – 18 Uhr (offen für alle Frauen, inter, trans und nichtbinäre Menschen)
<http://basta.blogsport.eu/flintaberatung>
Einen Bericht zur Kundgebung findet ihr hier:
<http://kiezkommune.noblogs.org>*

1. Mai 1929 – Offener Terror in Berlin Wedding

Straßenschlachten zwischen demonstrierenden Arbeiter*innen und schießwütigen Polizisten

Antirassistische Kommission HwvW

Im Vorfeld des 1. Mai 1929 verbot der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel die traditionellen 1. Mai Demonstrationen – ein Novum in der deutschen Geschichte. Seit 1890 galt der 1. Mai für die Berliner Arbeiter*innen als Kampftag für bessere Lebensbedingungen. Auf das Verbot reagierte die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit dem Aufruf zu friedlichen Massenprotesten in Berlin. Auch viele Anhänger*innen der SPD-Ortsgruppen waren empört über ihre Parteiführung. Die Berliner Arbeiter*innen beschlossen, am 1. Mai gemeinsam auf die Straße zu gehen und die Arbeit niederzulegen. Der sozialdemokratische Polizeipräsident zog über 13.000 schwer bewaffnete Polizisten aus ganz Deutschland zusammen, um einer angeblichen «kommunistische Gefahr» zu begegnen. Was dann folgte, ist als sogenannter «Blutmai» in die Geschichte eingegangen.

Barrikaden am Wedding

In der nur 170 Meter langen Kösliner Straße lebten Tausende Arbeiter*innen unter elendigsten Bedingungen in Mietskasernen. Die kleine Gasse war das Herz des «Roten Wedding», einer Hochburg der Kommunistischen Partei. In den Morgenstunden des 1. Mai 1929 versammelten sich in den Arbeiterbezirken kleinere Demonstrationen, um in die Innenstadt zu ziehen. Einige Zehntausend Menschen waren auf den Straßen Berlins. Der Demonstrationzug der Kösliner Straße wurde von der Polizei schnell zerschlagen. Das Kösliner Viertel befand sich in einem kriegesischen Belagerungszustand. Die Polizei hatte sich rund um die «Rote Gasse» mit mehreren Hundertschaften einquartiert. Jegliche Versammlungen wurden durch Polizisten mit Knüppeln und Schusswaffen zerschlagen. In Berlins Arbeiter*innenvierteln herrschte offener Terror gegen die Bevölkerung. Nach dem Kommando «Fenster schlie-



KPD-Hochburger
Köstriner Straße
am 1. Mai 1929
(Foto: AdSD d. FES)

ßen, sonst wird geschossen» eröffnete die Polizei das Feuer auf Häuser, deren Bewohner*innen zum 1. Mai eine rote Fahne oder ein Plakat aufgehängt hatten. Das erste Todesopfer im Wedding war der Sozialdemokrat Max Gemeinhardt.

Zur Selbstverteidigung wurden an der Kösliner Straße improvisierte Barrikaden errichtet, um sich vor den Angriffen der Polizei zu schützen. Doch es blieb ein ungleicher Kampf. Mit schweren Panzerwagen wurden die Barrikaden geräumt und die Häuser beschossen. Bis zum 3. Mai tobten die Kämpfe rund um die Kösliner Straße. Immer wieder kam es zu Angriffen, Razzien und Festnahmen durch Polizeitrupps auf Passant*innen und Bewohner*innen des Viertels.

Die Sozialdemokratie: Hand in Hand mit der Reaktion

Die traurige Bilanz des Blutmai – mindestens 33 Tote Arbeiter*innen, über 200 Verletzte, über 1200 Verhaftete und eine Verbots- und Repressionswelle gegen kommunistische Organisationen. Die Polizei verschoss über 12.000 Schuss scharfe Munition, teilweise auch direkt durch die Fenster der Wohnungen. Die von Polizei- und SPD-Führung verbrei-

tete Lüge von heftigen Beschuss auf Polizeikräfte durch kommunistische Milizen erwies sich als dreister Versuch der Umdichtung des Blutbads in ein Selbstverteidigungsszenario. Unter den Polizisten kam es lediglich zu leichten Verletzungen. Ein von der Solidaritätsorganisation Roten Hilfe Deutschland initiiertes «Ausschuss zur öffentlichen Untersuchung der Mai-Vorgänge» entkräftete schließlich die Lüge der Sozialdemokrat*innen. Dass die politisch Verantwortlichen für den «Blutmai» Sozialdemokrat*innen waren, markiert ein weiteres Kapitel des Verrats der SPD an der Arbeiter*innenbewegung.

Heute erinnert ein unscheinbarer Gedenkstein an der Walter-Röber-Brücke an den blutigen Terror gegen die Bevölkerung. Die historische Verantwortung der SPD an der Ermordung der 33 Arbeiter*innen wird nicht thematisiert. Der Gedenkort vermittelt lediglich einen vagen Eindruck.

Anmerkung

Der Roman «Barrikaden am Wedding» von Klaus Neukrantz handelt von dem Widerstand der Wedding Arbeiter*innen und schildert die Auseinandersetzungen rund um die Kösliner Straße.

Weddinger Wut

Die neue Kolumne von Ninel aus dem Wedding startet mit dem Frust über den gekippten Mietendeckel

Ninel aus dem Wedding

Jetzt wurde der Mietendeckel vom Bundesverfassungsgericht gekippt. Für mich bedeutet das, 105 Euro im Monat mehr zu berappen und zusätzlich eine Nachzahlung von über 1000€! Mein Kollege Mehdi muss sogar 350 Euro im Monat mehr zahlen. Ich gebe jetzt fast die Hälfte meines Lohns für die Miete aus. Mehdi kann sich seine eigentlich nicht mehr leisten. Während bei uns das Geld nicht mehr zum Leben reicht, knallen bei den Aktionär*innen und Managern von Vonovia, Deutsche Wohnen und Covivio die Schampuskorken.

Ich bin wütend wie lange nicht mehr: Wütend auf CDU und FDP, die durch ihre Klage allen Mieter*innen in der Stadt ins Gesicht gespuht haben. Wütend auf ihre Verlogenheit, weil sie jetzt «gnädig» einen Hilfsfond aus Steuergeldern anbieten. Wütend auf die Richter*innen in ihren Eigentümshäusern, die keine Ahnung von unserer Realität haben. Wütend auf die Gesetze, die nur da sind, um den Reichen ihre Profite zu sichern. Und natürlich wütend auf die Immobilienfirmen, die mit ihren asozialen Geschäften uns den letzten Cent aus der Tasche stehlen.

Als das Urteil kam, dachte ich kurz: weg aus Berlin. Aber Arbeit, Freund und Familie sind hier. Ist also keine Option. Abends war ich dann auf der spontanen Demonstration, mit über 15.000 Leuten. Der Zorn der Leute war greifbar und hat mir Mut gemacht. Wir sind wirklich viele und die paar Eigentümer*innen ein mickriges Häufchen. Aber nur einmal die Wut auf der Straße rausschreien ist lang nicht genug. Wir müssen diese Eigentümer-Diktatur dauerhaft beenden! Ich habe deswegen angefangen, für das Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co Enteignen Unterschriften in meiner Nachbarschaft zu sammeln und gleich am ersten Wochenende 50 Stück zusammenbekommen. Enteignung der großen Immobilienfirmen wird diesen Dieben erst mal einen Riegel vorschieben – auch wenn ich der Meinung bin, dass diesen Dieb*innen keine Cent Entschädigung zusteht. ☆



Schild auf der spontanen Mietensinnensdemo am 15.04.2021

Leerstand zu Wohnraum

Anfang diesen Jahres hat die Mieter*inneninitiative aus Wedding und Moabit «Mietenwahnsinn Nord» eine Leerstandskampagne gestartet. Im Interview stellen sie die Kampagne vor

Plumpe Redaktion im Interview
mit Mietenwahnsinn Nord

Ihr macht eine Kampagne zum Thema Leerstand, worum geht es euch dabei?

Das Ziel der Kampagne ist, Leerstand und Zweckentfremdung im Norden Berlins zu beseitigen und in demokratische Kontrolle zu überführen. Es kann nicht sein, dass Wohnungen leer stehen oder über AirBnB vermietet werden, während es kaum noch bezahlbaren Wohnraum gibt. Das ist ein Skandal!

Die Pandemie treibt diese Zustände noch auf die Spitze: Solidarität und Abstandhalten werden uns täglich gepredigt, aber Geflüchtete sollen weiter in Lagern leben müssen und Wohnungslose werden an volle Sammelunterkünfte verwiesen. Leerstand ist in solchen Zeiten der Gipfel der Provokation durch die Immobilienwirtschaft. Daher muss illegaler Leerstand umgehend beendet werden – auch mit dem Instrument der Enteignung.

Wieso nehmt ihr den Leerstand ins Visier einer Kampagne, obwohl die Leerstandsquote nach offiziellen Daten gering ist? Ist Leerstand im Wedding ein großes Problem?

Leerstände werden in Berlin nicht systematisch erfasst, einen ungefähren Überblick gibt jedoch der Mikrozensus 2018, nachdem 7% der Berliner Wohnungen leerstehen. Im Bezirk Mitte sind mindestens zwei Drittel des Leerstands auf Spekulation zurückzuführen. Leerstand ist dabei die Folge eines kapitalistischen Wohnungsmarktes: Bei steigenden Boden- und Mietpreisen setzen Eigentümer*innen mit leerstehenden Häusern auf höhere Verkaufspreise. Das Ergebnis: Spekulativer Leerstand steht steigender Wohnungs- und Obdachlosigkeit gegenüber.

Von welchen leerstehenden Objekten wisst ihr im Bezirk?

Aus der Unmenge des Leerstandes wollen wir ein paar besonders skandalöse Fälle hervorheben: Ein Fall ist die Ha-

bersaathstraße 40-48, wo über 85 sofort beziehbare Wohnungen leerstehen. Der Eigentümer will alle Häuser abreißen und Luxuswohnungen bauen. Ebenso besteht seit über 10 Jahren der Leerstand in der Osloer Straße 116a und Stettiner Straße 38. Dort befindet sich im Innenhof das Hotel «Wyndham Garden». Die Eigentümer*innen wollen die bestehenden Wohnungen für den Hotelbetrieb umwandeln. Zwar konnte das Bezirksamt die Umwandlung verbieten, doch handelt es nur schleppend, wenn es um die Rückführung des bestehenden Wohnraums geht. Zudem schützt es den Leerstand mit Ausnahmegenehmigungen.

Wie bewertet ihr den Umgang mit Leerstand durch den Bezirk?

Das Bezirksamt handelt entweder gar nicht oder schleppend und defensiv. Mit dem Berliner Zweckentfremdungsgesetz bestehen eigentlich viele Handlungsmöglichkeiten des Bezirks. Lassen Eigentümer*innen Wohnungen ohne Erlaubnis mehr als drei Monate leer stehen, drohen hohe Geldbußen. Auch können nach einem bestimmten Zeitraum Treuhänder*innen eingesetzt werden, das heißt, die Wohnung wird zwangsverwaltet und vermietet. Das Bezirksamt

Mitte kommt seiner Verantwortung aber nicht nach. Eine Anfrage der Abgeordneten der Linkspartei in der BVV Mitte, Katharina Mayer, vom vergangenen September ergab, dass an 3855 Ermittlungsfällen zur Zweckentfremdung gerade einmal 6,3 Mitarbeiter*innen arbeiten – vorgesehen wären 11 Vollzeitstellen. Übrigens können alle Menschen direkt beim Bezirk Leerstand oder Zweckentfremdung melden! Wenn euch Leerstand auffällt, könnt ihr selbst sofort aktiv werden.

Was ist das Ziel eurer Kampagne?

Kurz zusammengefasst lautet unser Ziel: Keine Wohnungen ohne Menschen, keine Menschen ohne Wohnungen. Wir als «Mietenwahnsinn Nord» wollen weiter Leerstand und Zweckentfremdung recherchieren, veröffentlichen und bekämpfen. Dafür sind wir aber auf Hinweise von Nachbar*innen angewiesen! Meldet euch deswegen bei uns, wenn in eurem Haus eine Wohnung leer steht, als Ferienwohnung vermietet wird oder sogar ein ganzes Haus in der Nachbarschaft vor sich hingammelt. ☆

Weitere Informationen:

miwa.noblogs.org



Gastro in Not

Die Coronapandemie macht den Beschäftigten im Gastgewerbe schwer zu schaffen. Die Politik tut nur wenig gegen die prekäre Situation

Peter Ernst

Seit Monaten müssen Kneipen, Restaurants und andere gastronomische Betriebe im Wedding und in ganz Berlin aufgrund der Verordnungen zum Schutz vor Covid-19 geschlossen bleiben. Viele Gastwirt*innen bringt diese Situation in schwere Existenznöte. So steht jeder zweite der knapp 19.000 gastronomischen Betriebe in Berlin kurz vor der Insolvenz, das ergab eine Befragung der Industrie- und Handelskammer Berlin vom November 2020¹. Die Gründe dafür sind leicht zu finden: ohne Kund*innenverkehr haben diese Betriebe keine Einnahmen und bleiben auf ihren Kosten sitzen.

Sophie, ein Teil des Frauen*kollektivs, das die Kneipe «Cafe Cralle» im Wedding betreibt, berichtet im Gespräch mit der Plumpe, dass auch die Überbrückungshilfen der Bundesregierung nur wenig an der schlechten Situation ändern: «Wir bekommen zwar regelmäßig finanzielle Unterstützung vom Staat, diese 'Hilfen' kommen jedoch oft zu spät. Das Schlimmste daran ist jedoch, dass sie nur für die Fixkosten (wie Mieten und Versicherungskosten, Anm. d. Red.) benutzt werden dürfen. Löhne dürfen also nicht daraus gedeckt werden.» Staatliche Hilfen würden nur dann den Betroffenen helfen, wenn damit auch der eigene Lebensunterhalt finanziert werden kann, sagt Sophie weiter. Das Kneipenkollektiv fordert deswegen eine dauerhafte Umstrukturierung der Sicherungssysteme.

Unter der prekären Situation leiden also vor allem die Mitarbeiter*innen in der Gastronomie. Diese gehörten vor der Krise sowieso schon zu den Geringverdiener*innen. So arbeiteten nach einer Erhebung des Statistischen Bundesamts von 2018 zwei von drei Beschäftigten in der Gastro für einen Niedriglohn von, damals, weniger als elf Euro brutto in der Stunde². Viele Betriebe im Gastgewerbe zahlen außerdem keinen Tariflohn und die Beschäftigten werden nur selten durch Be-



Fensterverkauf am
Café Cralle Anfang Mai
Foto: Lea Sophie Greub

triebsräte vertreten. Die Arbeiter*innen sind deshalb häufig für ihr Überleben auf Trinkgelder angewiesen, die durch die Pandemie komplett wegfallen. Darüber hinaus sind im gastronomischen Bereich besonders viele prekär beschäftigte Minijobber*innen ohne festen Arbeitsvertrag angestellt. Von den aktuellen Schließungen sind diese besonders hart betroffen, da sie kein Kurzarbeiter*innengeld erhalten.

Was der Gastronomiebranche momentan vor allem fehlt, sind realistische Öffnungsperspektiven. Branchenverbände und Arbeiter*innen fordern seit Monaten, dass ihre Belange von der Politik mehr Gehör finden. Und das vor allem, weil die gastronomischen Betriebe, im Gegensatz zum Rest der Wirtschaft, schon seit Beginn der Pandemie mit großen Einschränkungen konfrontiert sind. Es sei absurd, «dass Menschen weiterhin mit den Öffis zu ihren vollen Arbeitsplätzen geschickt werden, um sich dann im Sozialleben komplett zu isolieren,» kritisiert Sophie. Deshalb sei klar, «dass auch Groß-

raumbüros dicht machen sollen und das schon seit geraumer Zeit.»

Aber auch wenn das Gastgewerbe wieder öffnen darf, bedeutet das noch keine Rückkehr zur Normalität. Denn da ein Ende der Pandemie noch nicht abzusehen ist, würden Öffnungen mit strengen Regulierungen und einem Gesundheitsrisiko für Gäste und Arbeiter*innen verbunden sein. Bis normale Kneipenbesuche wieder möglich sind, bleibt den Beschäftigten des Cafe Cralle deshalb erstmal nur «von rappenden Abenden, mit Musik, tollen Menschen, Gesprächen und dem latenten Schweiß- und Biergeruch, nach denen wir leicht angeschickert und glücklich ins Bett fallen» zu träumen, erzählt Sophie. ☆

¹www.berlin.de/wirtschaft/nachrichten/6366389-3912379-fast-jeder-zweite-gastrobetrieb-sieht-dr.html

²www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/branche-am-abgrund-berliner-restaurants-droht-riesige-pleitewelle-li.119584



Wir wollen uns lebend!

Aus 'Nettelbeckplatz' wird 'Widerstandsplatz' -
Wie das Netzwerk gegen Feminizide im Wedding arbeitet

Markella und Marta vom
Netzwerk gegen Feminizide

Das Netzwerk gegen Feminizide¹ rief am 25. November 2020 die Kampagne «Wir wollen uns lebend» aus. Zuvor haben wir uns bereits auf Vernetzungstreffen mehrere Monate ausgetauscht und gemeinsam langfristige Ansätze gegen patriarchale Gewalt diskutiert. Dort stellten wir mehrere Forderungen auf (zu finden auf netzwerkgegenfeminizide.tk) und stellten fest, dass die Selbstorganisation das grundlegende Mittel unserer Selbstverteidigung ist. Auch wenn sich einige dieser Forderungen an staatliche Institutionen richten, ist uns klar, dass wir uns im Kampf gegen Feminizide nicht auf den Staat verlassen können. Im Gegenteil, der Staat trägt in vielerlei Hinsicht zur Gewalt bei: beispielsweise durch die Kriminalisierung von Abtreibungen, die unzureichenden Schlafplätze für FLINTA*s², die auf der Straße leben sowie die Verharmlosung und Verleugnung von rassistischer Polizeigewalt.

Diese prekarisierende Politik und die zusätzliche Verharmlosung in den

Medien sorgen dafür, dass wir selbstbestimmte und transformative Wege finden müssen für den Umgang mit femizidaler Gewalt - und zwar Wege, die sich klar von rassistischen und kulturalisierenden Narrativen von «Ehrenmorden» abgrenzen. Uns ist es deshalb wichtig, nach jedem Feminizid, der in Berlin passiert, auf dem Nettelbeckplatz zusammen zu kommen und dem Opfer in würdevoller Weise zu gedenken und klar zu machen, in welchem Kontext diese Taten stattfinden.

Neben der aktiven Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit sehen wir einen wichtigen Teil unserer Arbeit im Aufbau von selbstorganisierten Strukturen in unseren Kiezen. Deshalb organisieren wir auf dem Widerstandsplatz (ehemals Nettelbeckplatz) Aktionstage, bei denen wir Workshops anbieten, Infomaterialien zum Thema Feminizide zur Verfügung stellen und Möglichkeiten für den gemeinsamen Austausch bieten. Der erste Aktionstag fand Mitte April unter dem Motto «Wir wollen uns le-

bend - Unser Kiez verteidigt sich gegen Feminizide» statt. Dabei wurden unter anderem Workshops zu den Themen «Was können wir im Kiez gegen Feminizide tun?» und «Selbstbehauptung gegen männliche Gewalt» angeboten. An Infotischen gab es die Möglichkeit, mit dem Feminizid Netzwerk und der Frauenkommune Wedding in Kontakt zu kommen und bei einer Open Mike Runde konnten die Teilnehmenden ihre persönlichen Gedanken zum Thema teilen. Wir sehen diese Aktionstage als einen wichtigen Zugang zur Nachbarschaft und hoffen so ein Netzwerk aufbauen zu können.

Wenn ihr Interesse habt, beim nächsten Aktionstag dabei zu sein, euch im Netzwerk einbringen wollt oder einfach mehr über uns lesen wollt, besucht gerne unsere Website netzwerkgegenfeminizide.tk. Wir sehen uns auf dem Widerstandsplatz! ☆

¹Feminizide: Morde und gewaltsame Tötungen auf Grund des gelesenen Geschlechts, die (Mit-)Verantwortung des Staates passiert. Dazu zählen Morde von Lebenspartner*innen, aber auch Unbekannten.

²FLINTA*: ist eine Abkürzung für Frauen*, Lesben*, Inter*, Nonbinary*, Trans*- und Agender*-Personen

Kunst in Zeiten der Pandemie?

Die Künstlerin Dasniya über die Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen

Plumpe Redaktion

Die Künstlerin Dasniya ist im Wedding aufgewachsen und wohnt seit 2006 wieder in der Nachbarschaft. Sie kommt ursprünglich aus dem klassischen Tanz, arbeitet aber auch in der freien Performanceszene, in der off-Theaterszene und als Choreographin. Um ihr Einkommen zu sichern, gibt sie nebenbei Unterricht. Ihr Atelier »Haus Sommer« hat sie in den Uferhallen.

Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die Situation von dir und anderen Künstler:innen aus?

Die Theaterbranche ist total dicht und deswegen ist auch meine finanzielle Situation gerade prekär. Mein Einkommen war zuletzt eine wilde Mischung aus Restaufträgen, Corona-Soforthilfe, Hartz-IV und einem Arbeitsstipendium, was ich zum Glück in den letzten Monaten erhielt. Aber ich mache mir schon finanzielle Sorgen. Denn Hartz IV ist keine Basis, mit der ich arbeiten und z.B. in Materialkosten und Trainings investieren kann.

Zu Beginn war die Corona-Pandemie für mich eine Chance, aus der Theaterproduktionsmaschine auszutreten, zu recherchieren und mich weiterzuentwickeln. Mittlerweile ist die Stimmung in der Kulturszene eher bedrückend, da die Situation Viele psychisch belastet. Ohne Arbeitsstruktur oder Auführungstermine ist es schwierig, die kreative Maschine in Gang zu setzen und ständig alleine zu arbeiten. Ich versuche, trotzdem positiv zu bleiben, meine Erwartungen anzupassen und etwas aus der Situation zu machen. Versuche die Freiräume zu nutzen, um neue Verbündete zu finden. Greife archivierte Projekte wieder auf und richte mich auch künstlerisch neu aus.

Hat sich die Kunst durch die Krise verändert? Wenn ja in welcher Form?

Durch die Pandemie haben sich sowohl die Arbeitsweise als auch die Inhalte der Künstler:innen verändert. Viele beschäftigen sich in mit der Pandemie und haben ihre Arbeit stark ins Internet verlagert. Digitale Medien sind ein

Ausweichmedium für Künstler:innen geworden, um Projekte zugänglicher zu machen, und um überhaupt weiterarbeiten zu können. Dadurch bekomme ich mehr mit, was meine Kolleg*innen machen, wir winken uns auf Zoom zu und es entstehen digitale Community Momente. Aber das ersetzt niemals den Energieaustausch eines Aufführungsabends.

Wirtschaftlich wird sicherlich der Moment kommen, wo die Politik die Corona Schulden irgendwie ausgleichen will. Erfahrungsgemäß wird zuerst im sozialen und kulturellen Bereich gekürzt, was besonders viele freie Gruppen betreffen könnte.

In meiner persönlichen Arbeit ist antiasiatischer Rassismus ein zentrales Thema geworden. Aktuell beschäftige ich mich z.B. mit der Exotisierung und dem 'Konsum' von weiblichen, asiatischen Körpern. Dafür habe ich u.a. eine Out-door Tanzpraxis entwickelt und die Proben z.T. in den Humboldthain oder auf der Brache des Uferhallengeländes verlagert. Mich interessiert, wie sich die Performance von Tanz (von Ballett) verändert, wenn Spazierende mit Hunden oder Familien vorbeikommen

und Blickkontakt aufnehmen. Oder wie durch den öffentlichen Kontext zu schweren Themen wieder eine Leichtigkeit hinzukommt.

Was die Uferhallen betrifft, ist der Verein der Künstler*innen weiterhin in Verhandlung mit der Stadt und den neuen Eigentümern, den Samwer-Brüdern, auch wenn sich durch Corona einiges verlangsamt. Generell kann der Uferhallen e.V. besonders jetzt jede Unterstützung gebrauchen.

Bist du hier im Kiez durch deine Kunstprojekt eingebunden? Welche Rollen spielen die Nachbar:innen in deiner Kunst?

Ich fühle mich sehr wohl hier im Wedding und lasse meine Nachbarschaft und die persönlichen Geschichten meiner Nachbar:innen in meine Arbeit einfließen. Das ist mir auch wichtig. Kunst befindet sich ja oft in einer Blase und hat etwas abgehobenes. Für mein aktuelles Projekt interviewe ich eine thailändische Köchin, die ihren Imbiss in der Reinickendorfer Straße hat und den Besitzer des Fischladens in der Grüntaler Straße. ☆

Yui Kawaguchi, Dasniya Sommer, Tara Jade Samaya - Glutamat Research, im Rahmen von TakeCareResidenzen im Ballhaus Ost, Fotocredit: Pippa Samaya





Die S.K.E.T. (schnelle kulturelle Eingreiftruppe) zeigte am 8. März Ausschnitte aus der Trilogie «Kabarette die Welt» auf den Straßen Moabits
Foto: Veronica Schiavo

«Unser Theater ist Empowerment von der Klasse für die Klasse»

Plumpe Redaktion

Was ist das Theater X?

Ahmed: Das Projekt Theater X steht für die Orte, die es nicht gibt, für die Geschichten, die nicht erzählt werden. Geschichten von Existenz und Widerstand von Frauen, von queeren Menschen, von Menschen aus anderen Orten der Welt, von Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben. X heißt Widerstand im Geiste von Malcom X und Angela Davis. X ist aber auch ein Stil: «caring», «sharing», «fair». Veränderung ist nötig, möglich und wir möchten durch unsere Kunst etwas dazu beitragen.

«Bewegung ins Theater und Theater in die Bewegung» ist einer eurer Devisen. Was ist damit gemeint?

A: Theater kann die Welt nicht verändern, aber es kann denjenigen helfen, die die Welt verändern können. Wir stellen die Mittel zur Verfügung, um Leute zu empowern. Gleichzeitig heißt das, Theater über die Themen zu machen, die uns wichtig sind. Wir brauchen ein lokales Theater für die Communities und

Orte, wo man sich kulturell und politisch ausdrücken kann. Wir möchten das Theater als politisches Diskussionsmittel wiedergewinnen.

Wer macht bei Theater X mit?

A: Es sind Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Palästina, Syrien, Irak, aus afrikanischen Ländern. Es sind Nachbar*innen und Leute, die nicht viele Privilegien haben. Es sind junge und talentierte Leute, die viele Aggressionen von dieser Gesellschaft erleben und marginalisiert werden. Sie haben einen sehr interessanten Blick auf das System.

Warum ist revolutionäres Theater heute wichtig?

A: Wir finden dadurch den Zugang zu uns selbst. Auf unserer Bühne kann man denken, neue Sachen ausprobieren, sich politisieren. Unser Theater ist Selbst-Empowerment von der Klasse für die Klasse, ein frischer Wind gegen das etablierte neoliberale, intellektualisierte und hierarchische Theater.

Welche Rolle spielt das Theater in Moabit?

A: Wir haben diesen Ort gemeinsam mit Jugendlichen aus dem Kiez aufgebaut, sind durch den Kiez gewachsen und bewusst hier geblieben. Wir mussten um die Räume in der Wicdefstraße kämpfen. Nachbar*innen sollen nicht passive, sondern aktive Teilnehmer*innen werden. Wir zielen nicht auf Publikumsbildung, sondern auf Community-Building und auf Bildung für die Community gegen Rechts ab.

Wie kommt ein alternatives Theater durch die Krise?

A: Die Situation ist schwierig, aber es ist möglich und notwendig sich weiterhin zu organisieren. Wir haben sofort auf digitale Formate umgeschaltet und die Vorteile der Online-Formate genutzt. Wir haben Film-X aufgebaut, uns international sowie politisch gut vernetzt und sind auf Berliner Demos aufgetreten.

Vom 16. bis zum 20. Juni findet das FESTIWALLA 2021 statt. Was sind die Schwerpunkte des diesjährigen Festivals?

A: FESTIWALLA ist ein Community Kultur-Festival. Die aktuelle Krise prägt das diesjährige Festival inhaltlich. Deswegen ist der Titel des diesjährigen Festivals «Tod oder Leben». Wir wollen damit zeigen, dass der Kapitalismus, der den Faschismus hervorbringt, ein Totenkult ist. Klimawandel, Polizeigewalt, die Leugnung von Corona, Patriarchat und Feminizide sind Totenkulte. Die Bewegungen und Kämpfe dagegen wie die Black-Lives-Matter-Bewegung, Fridays for Future oder der militante Feminismus in Südamerika sind das Leben. Wir haben die Wahl: Tod oder Leben. Kapitalismus oder Bewegung. ☆

*Spendenkonto Theater X:
Initiative Grenzen-Los! e.V.
IBAN: DE 28 4306 0967 4023 1081 00
BIC: GENODEM1GLS
(GLS Gemeinschaftsbank)
Verwendungszweck: Jugendarbeit*

Info:

Theater X ist ein 2009 in Moabit entstandenes Projekt für emanzipatorische Kunst. Das Interview fand mit Ahmed Shah, dem künstlerischen Leiter des Kollektivs statt

Im Osten was Neues!

Voller Interesse, Sympathie und Bewunderung beobachtet die Gruppe Postkom die Protestbewegung in Polen.

Marek Jakubowski und
Stanislaw Kowalski [Postkom]

Schaut nach Osten

Hallo, wir sind die Gruppe Postkom aus Berlin und versuchen seit Jahren, ein linkes Netzwerk mit Aktivist*innen in Osteuropa zu knüpfen sowie über die Vorgänge in Osteuropa zu informieren.

Im Osten was Neues!

Voller Interesse, Sympathie und Bewunderung beobachteten wir in den vergangenen Monaten die Protestbewegung in Polen. Mit Blick auf Polen lässt sich unbestreitbar erkennen, dass die Regierung versucht hat, die Situation der Pandemie und der allgemeinen Angst auszunutzen, um den autoritären Staat auszubauen und zu festigen. Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit sollte genutzt werden, um u.a. Proteste unter dem Deckmantel des Bevölkerungsschutzes gegen die Verschärfung kontroverser Gesetze zu verhindern.

Anders als in Deutschland

Im Gegenteil zu westlichen Ländern spielen Religion und Traditionen in der Gesellschaft und die katholische Kirche im wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Leben der Menschen in Polen eine große Rolle. Auch wenn die Anzahl der aktiven Kirchengänger*innen unter den Gläubigen systematisch zurückgeht, hat die Kirche enormen Einfluss. Trotz einiger Differenzen mit der rechtsnationalen Regierung (PIS) suchen prominente Vertreter*innen der PIS-Partei die Nähe und Unterstützung der Kirche.

Die Kirche als politischer Akteur

Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus hat die Kirche es immer geschafft, sich mit den vorherrschenden Machthaber*innen zu arrangieren. Die Kirche ist deshalb in Polen traditionell eine politische Kraft. So wurde auch während des Wahlkampfes im Sommer 2020 ganz offen durch Teile der Kirche für den rechten PIS Kandidat Andrzej



Der rote Blitz ist das Erkennungszeichen der polnischen Frauenbewegung. «Strajk Kobiet» (Übersetzt: Frauenstreik) ist die Organisation die sich aus der Bewegung heraus gebildet hat.

Duda - leider erfolgreich – geworben. Offenbar wollte sich die Regierung mit der Verschärfung des Abtreibungsverbotes für diese Unterstützungsleistung bedanken.

Corona Pandemie in Polen

Polen ist wie jedes andere Land stark von der Pandemie betroffen. Aufgrund des maroden Gesundheitssystems hat die CoronaKrise dramatische Folgen für sehr viele Menschen. Polen hat weit weniger Möglichkeiten als Deutschland, die durch die Pandemie geschlossenen Betriebe zu unterstützen. Anders als in Deutschland hat der Staat zeitweise hart durchgegriffen und mithilfe der Polizei versucht strenge Hygieneregeln rücksichtslos durchzusetzen.

Anti-Lockdown-Proteste und Frauenbewegung

Ähnlich wie in Deutschland im Sommer 2020 versuchten die extremen Rechten und Teile des liberalen Unternehmertums, eine Anti-Lockdown-Bewegung zu initiieren, was jedoch weitgehend völlig erfolglos verlief. Während dieser Zeit versuchte die Regierung, die unsi-

chere Lage auszunutzen und mehrere kontroverse Gesetze durchzubringen, wozu auch die Verschärfung des Abtreibungsverbotes gehörte. Die Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichtes sorgte sofort für große Empörung und zu einer gigantischen landesweiten und dann später weltweiten Protestwelle. Die Proteste haben hunderttausende auf die Straßen gebracht. Spontan hat sich eine Gruppe mit dem Namen «Strajk kobiet» gebildet, die versucht hat, Perspektiven für die weitgehend spontane Bewegung zu finden.

Lage der Frauenbewegung

Die Protestwelle hat zu einer vorübergehenden Aussetzung der Verkündung des Urteils geführt, dieses aber nicht verhindert. Zeitweise hat es so ausgesehen, dass sich aus der großen Bewegung heraus eine dauerhafte Struktur oder Organisation bildet. Im Frühjahr 2021 hat sich leider gezeigt, dass die Bewegung aus unterschiedlichen Gründen nicht an die frühen Mobilisierungserfolge anknüpfen kann. Trotz aller Rückschläge ist Polen noch nicht verloren. Es kommen wieder bessere Zeiten. ☆



- 1 Kiezhaus Agnes Reinhold**
Sozialberatung Do. 15-18 Uhr
Offene feministische
Kontaktstelle Mi. 11-15 Uhr
Afrikanische Str. 74, 13351
➤ www.kiezhaus.org
- 2 Each one Teach one e.V.**
Bibliothek Di. u. Do. 16-20 Uhr
in der **Togost. 76, 13351**
Offene Antidiskriminierungs-
beratung Do. 16-18 Uhr in der
Kameruner Str. 16, 13351
➤ eachone@eoto-archiv.de
- 3 ReachOut**
Beratungsstelle für Opfer rechter,
rassistischer und antisemitischer
Gewalt: 030 / 69 56 83 39
Beusselstr. 35, 10553
➤ info@reachoutberlin.de
- 4 Berliner Obdach-
losenhilfe e.V.**
Kontakt: 0176 4579 3969
(täglich 11-18 Uhr)
Lynarstr. 38, 13357
➤ [kontakt@berliner-
obdachlosenhilfe.de](mailto:kontakt@berliner-
obdachlosenhilfe.de)
- 5 BASTA! Die Erwerbslosen-
initiative**
Beratung aktuell nur per Mail
➤ bastaberlin@systemli.org
Betreff „Beratungsfrage“
Schererstr. 8, 13347
- 6 Café Cralle**
Frauen*kneipenkollektiv
aktuell Fensterverkauf So. 15-19 Uhr
Hochstädter Str. 10a, 13347
- 7 Berliner Mieter-
Gemeinschaft**
aktuell telefonische Beratung
030 / 21 00 25 70 oder -71
Wiesenstr. 30, 13357
➤ www.bmgv.de/beratung/
- 8 Nachbarschaftsladen**
Kommune 65
Nachbarschaftstreff Fr. 14-18 Uhr
Buttmanstr. 1a, 13357
➤ www.kiezkommune.org
- 9 Freie Arbeiterinnen- und
Arbeiter-Union Berlin**
Gewerkschaftliche Beratung immer
2. u. 4. Fr. im Monat 18:30-19:30 Uhr
Anmeldung: faub-beratung@fau.org
Grüntaler Str. 24, 13357
➤ www.berlin.fau.org



Hier findet ihr
die **PLUMPE**

Ihr wollt die PLUMPE
bei euch auslegen?

Meldet euch unter:
➤ post@plumpe.online

PLUMPE